



WOHNEN INTEGRIERT

**ZUSAMMENHALT
BRAUCHT RÄUME**

INTRO

- 4** WIE WOLLEN WIR WOHNEN?
- 6** INTEGRATION | WOHNEN | ZUSAMMENHALT
- 18** WOHNEN ALS GRUNDLAGE GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

FORSCHUNGEN ZU INTEGRATIVEN WOHNPROJEKTEN

- 26** KOMMUNALE HANDLUNGSANSÄTZE ZUR FÖRDERUNG VON
GESELLSCHAFTLICHER INTEGRATION
- 30** MOTIVE DES ZUSAMMENWOHNENS
- 34** **6** INTEGRATIVE WOHNPROJEKTE
 - 42** **1** ABUNA-FRANS-HAUS
 - 62** **2** INTEGRATIONSHAUS
 - 82** **3** REFUGIO
 - 102** **4** HOFFNUNGSHAUS
 - 122** **5** INTEGRATIVES WOHNPROJEKT KLARISSENKLOSTER
 - 142** **6** QUARTIER OHLENDIEKSHÖHE

OUTRO

- 163** **9** MERKMALE UND GELINGENSAKTOREN INTEGRATIVEN WOHNENS

ANHANG

- 175** PROJEKTKATALOG
- 178** POSITION ZUM INTEGRATIVEN WOHNEN
- 180** AUTOR*INNEN
- 181** LITERATUR- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS
- 186** INFORMATIONEN ZUM FORSCHUNGSPROJEKT
- 189** GESPRÄCHSPARTNER*INNEN
- 190** IMPRESSUM
- 191** LESEZEICHEN

WIE WOLLEN WIR WOHNEN?

Christine Hannemann

Die Rückkehr der *Wohnungsfrage*, fokussiert auf Wohnkosten, Gentrifizierung und Segregation, hat in der breiten Öffentlichkeit ein aktuelles Interesse an der Art und Weise wie „gewohnt“ wird, entstehen lassen. Spätestens seit den 1920er Jahren hat sich das kleinbürgerliche Wohnen als Hauptwohnform in der abgeschlossenen Kleinwohnung etabliert. Bis heute dominiert diese Art des Wohnens mit Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer sowie Küche, Bad, Flur. Gleichwohl wird nicht erst mit der postmodernen Transformation aller Lebensverhältnisse durch Individualisierung, Zuwanderung, Reurbanisierung, Multilokalität, Veränderungen der Arbeitswelt und Digitalisierung die Notwendigkeit eines Wandels des Wohnens weg von isolierenden, Einsamkeit evozierenden Wohnverhältnissen hin zu gemeinschaftlich orientierten Wohnformen diskutiert und auch in wenigen zukunftsweisenden Projekten realisiert. Ein Beispiel dafür sind *integrative Wohnprojekte*, die im Fokus dieser Publikation stehen. Hier werden Erkenntnisse des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“, in dem von Oktober 2017 bis März 2020 *integrative Wohnprojekte* untersucht wurden, präsentiert.

Die Forschungen erfolgten durch ein Team des Fachgebiets Architektur- und Wohnsoziologie der Fakultät Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Gefördert wurde das Forschungsprojekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 2016): „Förderung der Maßnahme ‚Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen‘ im Rahmen des Forschungsprogramms ‚Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften‘“.

Im Mittelpunkt dieses Forschungsprogramms steht die Frage, wie angesichts dynamischer Wandlungsprozesse der Zusammenhalt moderner Gesellschaften gesichert werden kann. In dieser Publikation wird die These vertreten, dass Zusammenhalt, also Integration und Teilhabe, durch Wohnen befördert werden kann. Eine Chance dazu sind *integrative Wohnprojekte*, definiert als interkulturelles, moderiertes und freiwilliges Zusammenwohnen von verschiedenen sozialen Gruppen und Personen unterschiedlicher geografische Herkunft. Im Fokus steht das Zusammenleben von Neuzugewanderten und Ortsansässigen. Als Neuzugewanderte werden Menschen bezeichnet, die in den letzten fünf Jahren aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert sind und, unabhängig von ihrem Zuwanderungsgrund oder Aufenthaltsstatus, eine mittelfristige Bleibeperspektive haben. Ortsansässige sind Personen, die bereits mehr als zehn Jahre in Deutschland wohnen und mit den hiesigen kulturellen Verhaltensmustern vertraut und in der Gesellschaft verankert sind. Darüber hinaus kennzeichnet sie eine spezifische Ortskenntnis bezogen auf die jeweilige Fallstudie.

Teil des Forschungsprojekts war ein Austausch mit den Transferpartnern: dem *Deutschen Städtetag*, dem *Deutschen Städte- und Gemeindebund* (DStGB), der *Ver-einigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung* (SRL) sowie dem *wohnbund e. V.* und dem Forschungsbeirat mit Expertise aus Wissenschaft (Ingrid Breckner, Ricarda Pätzold), Architektur (Alexander Hagner), Kommune (Julia Hartmann, Ayse Özbabacan), Kirche (Martin Schmelzer) und dem Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (Mamad Mohamad). Die Beiratssitzungen mit ihren engagierten Diskussionen in interdisziplinärer Zusammensetzung wurden vom Forschungsteam stets geschätzt und waren ein wichtiger Bestandteil der Forschungsarbeit. Der Standpunkt des Beirats wurde in einem Positionspapier zusammengefasst.

→ siehe 178

Viele Menschen waren an dem Projekt beteiligt, bei denen sich das Forschungsteam gerne namentlich bedanken möchte. Darüber hinaus geht ein besonderer Dank an den *wohnbund e. V.* für die Beteiligung an der Finanzierung dieser Publikation.

„Zusammenhalt braucht Räume“ fokussiert das Zusammenwohnen von Ortsansässigen und Neuzugewanderten. Wohnen ist immer etwas Individuelles, aber auch etwas Gemeinschaftliches. Das Wohnen geflüchteter Menschen bringt sehr unterschiedliche Erfahrungen vom Wohnen unter ein Dach. Wie lässt sich das Wohnen in dieser neuen Nachbarschaft gestalten? Bleibt das Individuelle erhalten und welche Chancen bietet das Gemeinschaftliche? Der *wohnbund e. V.* steht schon seit seiner Gründung für den Aufbau von stabilen sozialen und integrativen Lebensräumen nicht zuletzt in Wohnprojekten und Genossenschaften, die Nachbarschaft und Inklusion zum Ziel haben.

Klaus Habermann-Nieße

Dabei steht der Raumbegriff nicht nur für das architektonisch bauliche, sondern auch für Städtebau und gesellschaftliche Inklusion. Damit rückt die Frage, wie das Zusammenleben von „Ankommenden“ und „Einheimischen“ aktiv und konstruktiv gestaltet werden kann, in seiner Komplexität in den Mittelpunkt. Diese Differenzierung zeigt sich auch in der sozialräumlichen Polarisierung in den Städten. Die Kommunen sind verantwortlich für das Wohnangebot für Geflüchtete. Sie sind mit ihren sozialen Strategien, den Wohnstandorten und den Wohnangeboten für Zugewanderte von entscheidender Bedeutung für die Inklusion.

Mit zunehmender Bleibedauer spielen die lokalen sozialen Netzwerke, die beim Wohnen eine Grundlage entwickeln, eine zentrale Rolle. Alltagsbegegnungen, gegenseitige Unterstützung und Austausch werden durch persönliche nachbarschaftliche Kontakte gestaltet. Diese ermöglichen den Bewohner*innen über das Zusammenleben in der Gemeinschaft hinaus den Aufbau sozialer Kompetenz und Verantwortung. Grundlage für diese Integrationschance bieten Räume, aus denen heraus der Blickwinkel in die Gesellschaft, in die eingewandert wurde, geöffnet werden kann. „Zusammenhalt braucht Räume“ beschreibt gerade diese Voraussetzungen, wenn Ankunftsorte nicht Orte der Wanderung, sondern des Bleibens und der Gestaltung von Zusammenleben werden. Dieses Auszuloten, ist eine der Kernfragen des vorliegenden Buches. Es bietet einen Ausblick auf eine Form gemeinschaftlichen Wohnens, die auf spezifischen Lebenserfahrungen von Zuwandernden aufbaut. Wir hoffen, dass für Kommunen und Projekte diese wichtige Veröffentlichung Anlass gibt, in produktivem Sinne Räume für Zuwandernde bereitzustellen und sich diesen Wandernden besonders zu widmen.

INTEGRATION | WOHNEN | ZUSAMMENHALT¹

Christine Hannemann

Soziale Spaltungen, Pluralisierung der Lebensstile, weltweite Globalisierung sowie eine akzelierte Digitalisierung sind ubiquitäre Prozesse, die fundamentale Fragen evozieren; vor allem die Eine, wie dennoch Zusammenhalt, also Gemeinschaft, erhalten bzw. hergestellt werden kann. Welche Möglichkeiten gibt es, Begegnungsmöglichkeiten zu eröffnen und Kontakträume herzustellen? Integration und Zusammenhalt, das ist die zentrale These, braucht Raum; ganz konkret Wohnraum. Wohnen ist in der sich individualisierenden Einwanderungsgesellschaft, in der die „Werbank“ als Integrationsbasis verschwindet, von existenzieller Basis und generiert als unabdingbare Lebenspraxis analoge Integration.

1. AUSGANGSSITUATION: INTEGRATION, ZUWANDERUNG UND INDIVIDUALISIERUNG

Heuer, anno 2020, gibt es in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und in der Wissenschaft eine intensive Diskussion über Integration und über Zusammenhalt. Damit werden grundlegende Aspekte des gesellschaftlichen und sozialen Miteinanders verhandelt. Generell hat der Begriff der Integration einen weiteren Referenzrahmen, beispielsweise wenn es um die Integration von Menschen mit Behinderungen geht. Aktuell aber ist der Diskursraum „Integration“ vor allem auf die Folgen von Migration für Zuwandernde selbst und für die Gesellschaften, in denen sie ankommen sollen, fokussiert. Es geht um Konzepte und Strukturen, wie neuzuwandernde Menschen Teil dieser Gesellschaft werden können. Der Begriff Integration beinhaltet die Frage nach der Ausbildung einer Wertgemeinschaft mit einem Einbezug von Gruppierungen, die zunächst oder neuerdings andere Werthaltungen vertreten. Integration beschreibt einen dynamischen, lange andauernden und sehr differenzierten Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens von Menschen unterschiedlicher Herkunft. „In der wissenschaftlichen Literatur und in öffentlichen Debatten zum Thema Einwanderung/Integration kursieren viele Begriffe und Konzepte. Einige davon weisen eher auf Prozesse der Angleichung von Migranten oder auf ein gelungenes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund hin, z. B. Akkommodation, Akkulturation, Assimilation,

Eingliederung, Inklusion, Inkorporation und Integration. Andere Begriffe sind hingegen eher negativ konnotiert und deuten auf Ungleichheiten oder auf eine Trennung hin: Desintegration, Dissimilation, Exklusion, Marginalisierung, Segmentation, Segregation.“ (Hans 2016: 24)

Integration als allgemeines soziologisches Konzept bestimmt die Frage nach dem Zusammenhalt eines Ganzen: Die einzelnen Teile müssten ein nicht wegzudenkender Teil des Ganzen sein, ausgehend davon, dass es alle Individuen in einer Gesellschaft sind, die das gesellschaftliche Ganze bilden. Bezogen auf Wanderungsprozesse entsteht hierbei die Frage, ob und wie zuwandernde Menschen als neu hinzugekommene Akteure mit den ortsansässigen Teilen der jeweiligen Gesellschaft verbunden werden. Dies betrifft zum einen die Systemintegration, also die gesamtgesellschaftlichen Folgen von Migration: Entstehen Spannungen oder Konflikte? Welche Auswirkungen haben Migrationsprozesse auf den sozialen Wandel? Zum anderen geht es hierbei um die Sozialintegration, also die Art und Weise der Einbeziehung individueller Zuwanderer in die Gesellschaft der Einwanderungsländer durch soziale Beziehungen zu ortsansässigen Menschen und durch politische Teilhabe. Die Sozialintegration ist eine entscheidende Voraussetzung hoher Systemintegration. (Esser 2001)

In der öffentlichen Debatte und in wissenschaftlichen Publikationen wird dabei die Integrationsfrage überwiegend als Frage der Sozialintegration fokussiert. Was definiert gelingende (Sozial)Integration? Hierzu gibt es eine Vielzahl von Antworten, die darauf hinauslaufen, dass unter Integration „[...] ein Prozess, in dem kulturelle und soziale Unterschiede (zum Beispiel im Sprachgebrauch, in den Bildungs- und Berufschancen, in der rechtlichen Stellung, in der Wahl von Freunden und Partnern) und die damit verbundenen Identitäten zwischen ethnischen Gruppen verschwimmen und letzten Endes verschwinden“ (Hans 2016: 26), verstanden wird.

Sprache, Bildung, Arbeitsmarktintegration, politische Teilhabe werden als zentrale Dimensionen von Integration betrachtet. Das Bundesministerium des Innern (BMI) beantwortet die Frage, warum Integration so wichtig sei, wie folgt: „Die Integration von Zugewanderten soll

1 Anmerkung der Autorin: Dieser Aufsatz wurde in der Zeit einer weltweiten Ausnahmesituation verfasst: Eine Pandemie die kurz mit dem Begriff „Corona“ bezeichnet wird, führte und führt zu weitgehenden Veränderungen der bis zum Beginn der Seuche geltenden Arbeits- und Lebensbedingungen. Kontaktbeschränkungen in jeder Hinsicht werden als das probate Mittel definiert, die Ausweitung der Pandemie einzudämmen. „Wohnen“ ist ausschließliche Grundlage jeder Lebenspraxis vieler Menschen in Deutschland und weltweit geworden. Auch dieser Aufsatz wurde im sogenannten Homeoffice verfasst. Gleichwohl werde ich „Corona“ nicht thematisieren, zum einen weil nicht abzusehen ist, wann „Corona“ wieder vergessen sein wird und zum anderen, weil hinsichtlich der Thematik festzustellen ist, dass das Thema, also wie sich durch Wohnen Zusammenhalt herstellen lässt, „lediglich“ eine neue Aktualität bekommt: Wohnen in Gemeinschaftsformen würden solche extremen Isolationszeiten, die die meisten Menschen in abgeschlossenen Kleinwohnungen bewältigen müssen, wesentlich sozialer und praktikabler gestalten.

Chancengleichheit und die tatsächliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen, insbesondere am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.“ (BMI 2017: o. S.) Was das sogenannte Heimatministerium darunter versteht, wird im Anschluss deutlich formuliert: Als erste Voraussetzung für die Integration zuwandernder Menschen, werden Deutschkenntnisse genannt. Gelingen sei eine Integration schließlich laut BMI, wenn das Ziel erreicht ist: „[...] sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen.“ (ebd.) Wohnen allerdings als erste Voraussetzung für tatsächliche Teilhabe findet keine Erwähnung. Allerdings, werden bis heute, obwohl sich Deutschland seit Jahrzehnten zum Einwanderungsland entwickelt, Migrant*innen hauptsächlich als Unterbringungsproblem thematisiert. Wohnmöglichkeiten, -formen und -wünsche von Menschen mit Migrationshintergrund im Wohnungsbestand sind bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und öffentlicher Überlegungen. Wenn es um Wohnen mit Migrationshintergrund geht, dann steht (berechtigterweise) die Konkurrenz um die knappe Ressource bezahlbaren Wohnraums im Vordergrund – und das in einer zunehmend angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt, die das Produkt einer Vernachlässigung der öffentlichen Wohnungsbaupolitik ist.

Mit der Veränderung der politischen Bewertung von Zuwanderung hat sich auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser sozialen Tatsache in der Gesellschaft intensiviert und differenziert. In einem 2016 erschienenen, ersten Lehrbuch über die „Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration“ (Brinkmann/Sauer Hg. 2016) berichten der Herausgeber und die Herausgeberin über eine Auswertung des Sozialwissenschaftlichen Informationssystems von 2010, die ergeben hat, dass es zwischen 1999 und 2008 eine Zunahme um 60 Prozent der Forschungs- und Literaturdokumente zum Thema Integration nachzuweisen sei. Als Themenschwerpunkte seien hier insbesondere Sozialisation und Bildung, aber auch sozioökonomische Fragestellungen mit den Schwerpunkten soziale Sicherung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen zu finden: „Die größten Forschungsanteile im Zehnjahresverlauf entfallen auf 1. Bildung (15,0%), 2. Migrationsgeschichte (13,5%), 3. Lebenslagen (8,4%), 4. Rassismus/Diskriminierung (8,2%) und 5. Sozialisation (6,9%).“ (Schimany/Schock 2010: 17) Symptomatisch für die Migrations- und Integrationsforschung ist, dass dem Wohnen keine oder nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet wird. Das verwundert, ist doch Wohnen Grundbedürfnis und Existenzgrundlage (Hannemann 2020).

Warum Wohnen wenig im Kontext der Migrations- und Integrationsforschung thematisiert wird, erklärt ein kurzer Blick in die deutschsprachige Forschung: „Die Forschung ist damit konfrontiert, dass der Begriff Integration mit sehr unterschiedlichen Implikationen versehen ist und keiner einheitlichen Definition unterliegt.“ (Brinkmann/Sauer: 4) Das Integrationsverständnis basierte lange auf einem normativen Konzept, das von einer kulturellen Anpassung, also von Assimilation, der zuwandernden Menschen an die Mehrheitsgesellschaft ausging. Wohnen war damit wenig Gegenstand dieser Überlegungen, da die individuellen Ressourcen und Orientierungen der zuwandernden Menschen, ganz im Sinne des Rational-Choice-Ansatzes, im Vordergrund standen. (z. B. Esser 1980 u. 2009) Dementsprechend galt nur die Versorgung mit ausreichendem und bezahlbarem als ein entscheidender Indikator für gelingende Integration. Wohnen kommt also ins Blickfeld der Integrationsforschung, wenn es um eine Wohnungsversorgung geht, nicht aber als Faktor der kulturellen Integration.

Was letztendlich unter Integration verstanden wird, unterliegt einem ständigen wissenschaftlichen und politischen Diskurs. Zu konstatieren bleibt: „Integration

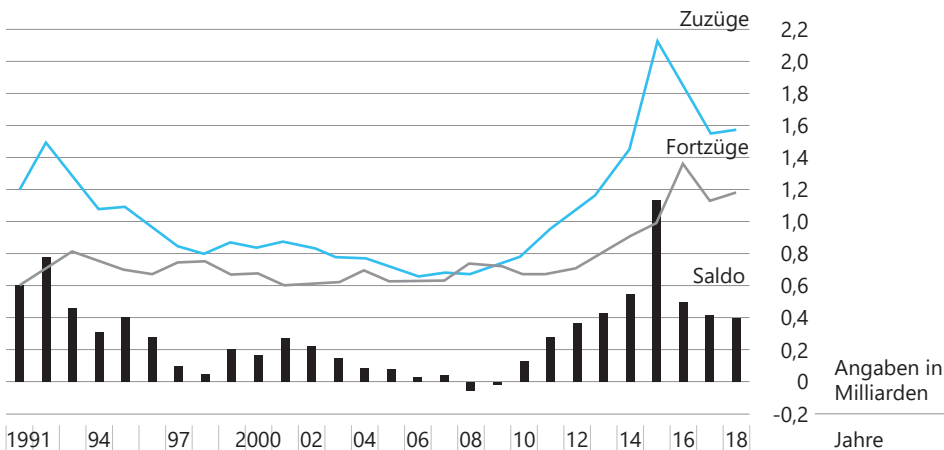
bezieht sich nicht per se auf Zugewanderte. Dennoch ist die zielgruppenspezifische Ausrichtung auf Zugewanderte, gerade was den kommunalen und kommunalpolitischen Kontext und die damit verbundenen Handlungsanforderungen betrifft, ausgeprägt.“ (Reimann 2018: 114) Jede Einwanderungsgesellschaft muss sich dabei beim Wohnen auf neue Wege begeben, soll die Integration von Ortsansässigen und Migrant*innen, also zuwandernden Menschen, gelingen: Integration und Zusammenhalt, das ist die zentrale These, braucht ganz konkret Wohnraum. Denn Wohnen ist in der Einwanderungsgesellschaft von grundsätzlicher Bedeutung. Wohnungs- und Städtebau sind wesentliche Schlüssel zum Gelingen von Integration in Stadt und Quartier.

1.1 ZUWANDERUNG

„Weniger, grauer, vereinzelter und bunter“ (Gans 2011: 89) so charakterisierten Bevölkerungswissenschaftler lange Jahre in erstaunlicher Einigkeit die Zukunft der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Mehrheitlich wurde davon ausgegangen, dass die Bevölkerung Deutschlands bis 2060 schrumpfen würde. Dies bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft, die bewirke, dass zunehmend mehr Menschen in kleineren Haushalten wohnen werden, da die Lebenserwartung weiter steige und die der Frauen weiterhin deutlich über die der Männer liegen wird. (Lipps/Betz 2003) Das Jahr 2017 markiert einen Paradigmenwechsel. Seitdem konstatiert die Bundesregierung in ihrem Demografiebericht (BMI 2017) nicht mehr einen Bevölkerungsrückgang, sondern prognostiziert sogar bis 2035 einen leichten Anstieg und langfristig bis 2060 einen konstanten Bevölkerungsstand. Diese Beurteilung berücksichtigte die Rekordzuwanderung des Jahres 2015 und die prognostizierte hohe Nettomigration in den Folgejahren: „Bis 2035 steigt der Bevölkerungsstand gemäß dieser Grundlage auf 83,1 Millionen Personen an.“ (Deschermeier 2017: 63)

→ Abb. 1

Gerade das Jahr 2015 war im Hinblick auf die Zuwanderung mit einem Zugang von rund 2,1 Millionen Personen das Jahr mit der höchsten Zuwanderung seit 1950. Die Einwanderung in Deutschland war seit Mitte des 20. Jahrhunderts immer durch sehr unterschiedliche Zuwanderergruppen gekennzeichnet.



In einer ersten Einwanderungswelle in den 1960er und frühen 1970er Jahren wanderten in die alte Bundesrepublik vor allem Arbeitsmigrant*innen (die sogenannten „Gastarbeiter“) zu. Eine zweite Welle in den 1970er und 1980er Jahren war vor allem durch Familiennachzüge der in Deutschland wohnenden Gastarbeiter*innen geprägt. Nach dem Beitritt der DDR zur BRD und den gleichzeitigen politischen Umwälzungen in Osteuropa kam es in den 1990er Jahren zu einer dritten Zuwanderungswelle. Hier wanderten insbesondere deutschstämmige „Spätaussiedler“ sowie geflüchtete Personen und Asylsuchende zu. In den darauffolgenden Jahren waren die Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland bis Ende der 2000er Jahre eher durch temporäre Wanderungen spezieller Migrantengruppen wie Werkvertragsnehmer*innen, Saisonarbeiter*innen oder hochqualifizierte Arbeitskräfte gekennzeichnet. Seit 2010 wiederum ist die Zuwanderung einerseits durch Zuwanderer aus Ost- und Südeuropa und andererseits durch eine hohe Zuwanderung international Schutzsuchender geprägt. (Fiedler/u. a. 2017)

Der kursorische Durchgang durch die Zuwanderungsgeschichte Deutschlands zeigt, dass die Republik in den zurückliegenden Jahrzehnten vor allem aus ökonomischen und zunehmend aber auch aus humanitären und weltpolitischen Gründen zu einem Einwanderungsland geworden ist. Daran, so ist es aktuell abzusehen, wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Anzahl und Herkunftsregionen der Zuwandernden werden variieren, nicht aber die Notwendigkeit Menschen auch durch Wohnangebote niedrigschwellige Integrationschancen zu eröffnen.

Hinzu kommt, ein bisher wenig zur Kenntnis genommener Fakt, der in Studien zu den Migrationsfolgen aufgrund des Klimawandel deutlich wird: Greenpeace hat 2007 eine Studie publiziert, in der prognostiziert wird, dass aufgrund des Klimawandels von ca. 200 Millionen „Klimaflüchtlingen“ bis 2040 auszugehen sei. (Greenpeace 2007) Desgleichen wurde 2018 eine Studie der Weltbank zu diesem Thema veröffentlicht. Danach sei bis 2050 von 140 Millionen Menschen auszugehen, die wegen des Klimawandels ihre Lebensorte verlassen müssten. Die Lebensbedingungen verschlechtern sich insbesondere für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt so dramatisch, dass sie gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen, um zu überleben. Besonders betroffen sind unter anderem die Sahel Zone in Afrika, Bangladesch und viele Inseln im Südpazifik. (Rigaud/u. a. 2018; Schraven 2019)

Darüber hinaus gilt für Deutschland seit dem 1.3.2020 ein „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“. Es regelt den Rahmen für eine gezielte und gesteigerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern, da in der Politik von einem aktuellem und zukünftigen Fachkräftemangel ausgegangen wird. Ziel ist, dass Fachkräfte nach Deutschland einwandern dürfen, die für Wirtschaftsunternehmen relevant sind. Hierbei wird auf Hochschulabsolvent*innen sowie Personen mit qualifizierter Berufsausbildung fokussiert. (BPA 2020)

Langfristige verlässliche Bevölkerungsprognosen sind immer schwierig, aber es ist mehr als zu vermuten, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleiben wird: Auch, wenn der Zuzug von flüchtenden Menschen stark zurückgedrängt wird, bleiben die globalen Zuzugsgründe erhalten: Wirtschaftseinwanderung; Krisen- und Armutswanderung und Zwangsmigration aufgrund des Klimawandels. Es handelt sich überwiegend um Menschen, deren Integration in das Wirtschafts- und Sozialsystem Deutschland vielfältige Unterstützung benötigt. Sie kommen aus weltweiten Regionen, die nicht mit den hiesigen soziokulturellen Verhältnissen vertraut sind.

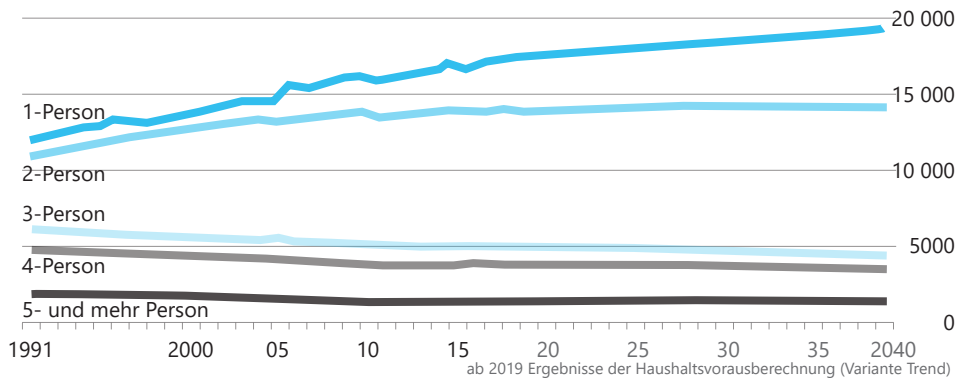
1.2 INDIVIDUALISIERUNG

Die Zuwanderungsbewegungen sind eine Seite, die den sozialen Wandel bestimmen, auf der anderen Seite ist die postfordistische Transformation aller Lebensverhältnisse in Deutschland selbst charakteristisch. Damit sind die prinzipiell unvorhersehbaren Veränderungen gemeint, die eine nationalstaatlich verfasste Gesellschaft in ihrer sozialen und kulturellen Struktur über einen längeren Zeitraum erfährt. Sozialer Wandel umfasst beispielsweise die internationale und nationale Entwicklung der Arbeits- und Handlungssysteme, Veränderungen von Sprache (Dominanz des Englischen) oder von Traditionen, aber im Konkreten auch die Bildung neuer Subkulturen, die Rechtschreibreform oder neue Gesetze und Vorschriften beim Bauen. Der soziale Wandel hat viele Facetten und Dimensionen. Aus soziologischer Perspektive sind hier insbesondere Vereinzelung, Alterung, die schon oben behandelte Migration und Veränderungen der Arbeitswelt zu nennen.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und betreffen zunächst den gesellschaftlichen Wertewandel, der in den späten 1960er Jahren einsetzte. Zur Kennzeichnung dieses Prozesses ist hierfür durch die Soziologie der wissenschaftliche Begriff der Individualisierung (Beck 1986) geprägt worden. Er bezeichnet einen mit der Industrialisierung und Modernisierung der westlichen Gesellschaften einhergehenden Prozess des Übergangs des Individuums von der Fremd- zur Selbstbestimmung. In der gegenwärtigen postmodernen Gesellschaft prägt eine qualitativ neue Radikalisierung diesen Prozess. Gesellschaftliche Grundmuster, wie die klassische Kernfamilie, zerfallen. Der zunehmende Zwang zur reflexiven Lebensführung bewirkt die Pluralisierung von Lebensstilen, Identitäts- und Sinnfindung werden zur individuellen Leistung. Für das Wohnen relevant ist dabei vor allem die Singularisierung, als freiwillige oder unfreiwillige Form des Alleinwohnens und die Schrumpfung der Haushaltsgrößen. (Hannemann 2018) Alle aktuellen Studien zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie beispielsweise die „Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnungen“ des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2020), dass der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland weiter ansteigen wird. Dieser Anstieg beruht auch auf der sogenannten Alterung in der deutschen Gesellschaft. Ein immer größerer Anteil von Menschen wohnt im Alter allein. Vor allem aber bleiben ältere Menschen auch länger aktiv und gesund. Traditionelle Altenheime entsprechen nicht dem vorherrschenden Wunsch nach Erhaltung der gewohnten, selbstständigen Lebensführung. Statt Altenheim oder Pflege innerhalb der Familie entwickeln sich vielfältige Varianten des Wohnens im Alter und es wird nach weiteren Ideen und Projekten gesucht. Zwei populäre Modelle sind die Senioren-Wohngemeinschaft und das Mehrgenerationenhaus.

→ Abb. 2

Äußerst prägnant und die Wohnkulturen einschneidend verändernd, sind die epochalen Umgestaltungen in der Arbeitswelt: Hier wird aus soziologischer Perspektive von der Entgrenzung und Subjektivierung der Arbeit (Voß/u. a. 2016) gesprochen. Besonders ausschlaggebend ist die zeitliche Entgrenzung von Arbeit. Arbeitszeiten sind nicht mehr an Tages- und Nachtzeiten gebunden, wie beispielsweise bei der Schichtarbeit. Diese Entgrenzung wird flankiert durch die räumliche Ebene: Flexible Arbeitsmodelle wie das Arbeiten am heimischen Schreibtisch oder außerhalb des Büros entwickeln sich in wachsendem Ausmaß zum Normalfall der Erwerbstätigkeit. Für die Lebensverhältnisse dramatisch ist vor allem die rechtliche Entgrenzung von Arbeit, die auch als Deregulierung bezeichnet wird. Indikatoren für diese Wertung sind das vermehrte Aufkommen von Zeit- und Leiharbeit, von befristeten Verträgen und eingeschränktem Kündigungsschutz.



2_Entwicklung der Privathaushalte nach Haushaltsgröße bis 2040

Von Subjektivierung wird gesprochen, weil die Forschung eine Intensivierung von individuellen, das heißt persönlich involvierten Wechselverhältnissen zwischen Mensch und Unternehmen bzw. betrieblich organisierten Arbeitsprozessen konstatiert.

Nichtsdestotrotz bewirkt der soziale Wandel auch eine neue Gemeinschaftsorientierung: Baugemeinschaften und Kollektivgärten (urban gardening) entstehen dort, wo es räumlich möglich ist, in bunter Vielfalt als neue Variante lokaler Urbanität. Das Gemeinschaftswohnen ist in Deutschland eine wichtige Idee, spielt aber in der Realität prozentual gesehen eine relativ geringe Rolle. Es gibt zu wenig Möglichkeiten und viel zu wenig Förderung. Selbst mittelschichtstragene Baugemeinschaften haben Schwierigkeiten, Grundstücke zu bekommen. Die neue Nachfrage nach gemeinschaftlichem Wohnen basiert auf dem wachsenden Bedürfnis, Wohnformen jenseits der Kleinfamilie realisieren zu wollen. Sie entsteht durch Partizipations- und Gestaltungsinteressen und dem Wunsch, anders zu leben als in der bürgerlichen Kleinfamilie. Dabei ist nicht die Großfamilie das einzige Modell. Im Gegenteil – gerade bei gemeinschaftlichem Wohnen kann viel eher auf Wahlverwandtschaften ausgewichen werden. Eltern und Geschwister, die ganze Verwandtschaft, ist nicht wählbar, aber die Menschen, mit denen man zusammenleben möchte, kann man wählen.

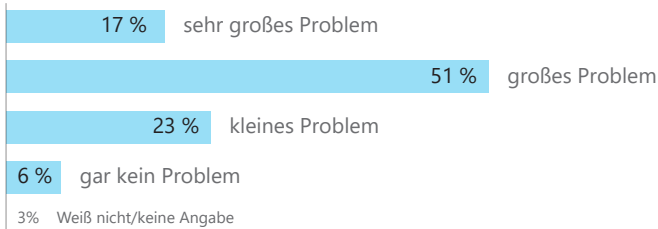
Die neue Nachfrage nach anderen Wohnformen resultiert nicht zuletzt aus der Wahrnehmung von Einsamkeit als massives soziales Problem, nicht nur in der deutschen Gesellschaft. 2018 erregte die Nachrichtenmeldung über die Ernennung einer Einsamkeitsministerin durch die damalige Premierministerin Großbritanniens Theresa May enorme Aufmerksamkeit. (ZEIT ONLINE 2018) Diese politische Weichenstellung wurde durch ein Strategiepapier: „A connected society. A strategy for tackling loneliness – laying the foundations for change“ (HM Government 2018) fundiert. Grundlage der Strategie sind, neben einer detaillierten Ursachenanalyse, eine Reihe wesentlicher politischer Vorschläge geordnet in vier Kapiteln. Explizit werden zur Bekämpfung von Einsamkeit stadtplanerische und bauliche Maßnahmen benannt: In Kapitel 3 wird u. a. „well designed housing“ eine Schlüsselrolle zugewiesen. „The Ministry of Housing, Communities and Local Government will fund research into innovative community-led housing projects to understand how these can help to tackle loneliness and support social connections.“ (ebd.: 10/11) Dies aus der Erkenntnis heraus, dass überlieferte Wohnmodelle für eine strukturell veränderte Gesellschaft nicht mehr als Standard taugen. Auch in der Architektur soll das Kollektive wieder eine größere Rolle spielen.

Auch in Deutschland wird das Thema immer stärker von Politik, Wissenschaft und Medien aufgenommen. So entscheidend, dass im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 2018 festgelegt wurde: „Angesichts einer zunehmend individualisierten, mobilen und digitalen Gesellschaft werden wir Strategien und Konzepte entwickeln, die Einsamkeit in allen Altersgruppen vorbeugen und Vereinsamung bekämpfen.“ (BPA 2018: 118) In einem Zeitschriftenartikel vom Januar 2019 wird erstmals eine aufschlussreiche Übersicht gegeben, wie groß das Problem in Deutschland ist. (Spiewak 2019: 31) Vor allem wird auf eine Untersuchung der Psychologin Maïke Luhmann von der Universität Bochum verwiesen, nach der zwischen zehn und fünfzehn Prozent der Deutschen zeitweise unter Einsamkeit leiden. Im Gegensatz zu gängigen Stereotypen sei Einsamkeit nicht auf das Alter beschränkt. Einsamkeit könne in jeder Lebensphase auftreten. Die Altersverteilung der Einsamkeit folge einem komplexen nichtlinearen Verlauf mit erhöhten Einsamkeitsniveaus bei jungen Erwachsenen und bei den ältesten Alten. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Ursachen der Einsamkeit bei älteren Erwachsenen gut verstanden sind. Zukünftige Forschung sollte sich darauf konzentrieren, die spezifischen Ursachen der Einsamkeit bei Erwachsenen mittleren Alters zu verstehen. (Luhmann/Hawkey 2016)

→ Abb. 3

Generell wird für den inneren Zustand der deutschen Gesellschaft nicht nur Einsamkeit und Singularisierung diagnostiziert: Grundsätzlich gibt es einen „[...] Mangel an Begegnungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen, Filterblasen in sozialen Netzwerken, Segregation in Großstädten, Verlust von Begegnung mit Anderen in politischen und sozialen Großorganisationen und ein Schrumpfen der öffentlichen Räume, in denen sich verschiedene Individuen als Bürger begegnen können“ (Hollenberg/Krell 2018: 63).

Einsamkeit ist in Deutschland ein...



3_Einsamkeit – Wie groß ist das Problem in Deutschland? – Ergebnisse einer Befragung zur Einsamkeit unter gut 1000 Wahlberechtigten

2. WOHNEN: DIE BASIS DER INTEGRATIONSKRAFT

Letztendlich ist nicht nur die Zunahme von Singularisierung und Einsamkeit das Argument für die Notwendigkeit neuer gemeinschaftlicher Wohnformen. Generell lautet die Frage wie soziale Spaltung, Pluralisierung und Globalisierung, Digitalisierung etc. in Einklang gebracht werden können mit dem Wunsch nach Zusammenhalt, also nach Gemeinschaft. Es geht im weitesten Sinn um Heimat bzw. um Beheimatung. Welche Möglichkeiten gibt es Kontakträume herzustellen, Begegnungsmöglichkeiten zu eröffnen? Denn, dass es nötig ist, Räume zu schaffen, damit Zusammenhalt entsteht in Gesellschaften deren einzelne Teile auseinanderdriften, ist allgemeiner Konsens. Dies diagnostiziert als einer von vielen, auch der Soziologe Andreas Reckwitz mit seiner These von der Gesellschaft der Singularitäten.

Reckwitz schildert den sozialen Wandel der postmodernen Gesellschaft und die damit einhergehenden Veränderungen in der Arbeitswelt und der Lebensführung vor allem als Diagnose der neu entstehenden Gräben zwischen einer auf Sicherheit bedachten und industriell geprägten alten Mittelklasse und einer kulturell- und global orientierten urbanen (neuen) Mittelklasse der post-industriellen Wissensgesellschaften. (Reckwitz 2017)

Doch wie können die Gräben gerade zwischen verschiedenen Milieus überbrückt werden? Eine wichtige Antwort dazu lässt sich in der Stadt- und Regionalforschung finden: „Erstens lösen grundlegende gesellschaftliche Transformationen die zunehmende Relevanz von Nähe in der Stadt aus. Traditionelle Integrationsmotoren wie der Arbeitsmarkt, die Familie oder Religion erodieren und damit stellen sich Fragen sozialer Beziehungen neu.“ (Vogelpohl 2008: 69) Gerade in Zeiten massiver Migrationsprozesse und zunehmend prekärer Arbeitsverhältnisse kann nicht mehr von der Integrationskraft „Werkbank“ ausgegangen werden. Gerade geflüchtete Menschen landen häufig in Arbeitsverhältnissen, die als prekär bezeichnet werden müssen: „In den Einwanderungsgesellschaften finden sich Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite allerdings vielfach in prekären Arbeitsverhältnissen wieder, die Folgen für ihre soziale, kulturelle und ökonomische Situationen haben. Sie sind somit den, auch in Arbeitsverhältnissen sichtbar werdenden, gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen unterworfen, durch die sie marginalisiert und gegenüber Etablierten zu Außenseitern gemacht werden (Elias und Scotson 1993).“ (Geisen/Ottersbach 2015: 8). Auch die Langzeitforschungen des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigen, dass das ein „möglichst angstfreie Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft mitsamt ihrer alltäglichen Lebenspraxis“ (Heitmeyer 2012: 15) immer schwieriger zu realisieren ist.

Damit rücken immer deutlicher, in einer längerfristigen Perspektive, Fragen der sozialen und räumlichen Integration zuwandernder Menschen in der direkten Wohnpraxis in den Vordergrund, vor allem vor dem Hintergrund gleichzeitiger Zunahme der Singularisierung der Menschen in der Ankunfts-gesellschaft. Beide Aspekte, die Orientierung auf einsamkeitsreduzierende Wohnformen und die Integration von zuwandernden Menschen sind ausgesprochen bedeutsam für den sozialen Zusammenhalt in einer städtisch geprägten Gesellschaft. Wohnen gehört zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen, den existenziellen Grundbedürfnissen wie Sicherheit, Schutz, Geborgenheit, Kontakt, Kommunikation und Selbstdarstellung. Für die meisten Menschen ist, unabhängig vom persönlichkeitsprägenden Kulturkreis eine Wohnung (bzw. ein Haus) der sozialräumliche Lebensmittelpunkt. Wohnen beeinflusst den Alltag von Individuen ebenso wie von Familien, die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, die Sozialisationschancen von Kindern, Gesundheit und Wohlbefinden. Die Wohnsituation bestimmt, wie Intimität und Privatsphäre geschützt werden. Im Wohnen manifestiert sich der soziale Status, dies gilt gerade auch für zuwandernde Menschen: Lage und Standort (Viertel, Straße), Wohnform (Villa, Mietshaus), Wohnumfeld sowie Architektur haben während der gesamten Geschichte des Wohnungsbaus immer auch die gesellschaftliche Stellung der Bewohnerinnen und Bewohner abgebildet. Das Bürgertum im 19. Jahrhundert residierte in Landhäusern und Villen oder bewohnte die Belle Etage der Bürgerhäuser, die städtische Arbeiterschaft lebte in Mietskasernen

oder Werkswohnungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Eigenheim neben dem Auto zum wichtigen Statussymbol. Dagegen bedeutet der Verlust der Wohnung oder die Unterbringung von zuwandernden Menschen beispielsweise in „Flüchtlingsunterkünften“ einen erheblichen sozialen Abstieg und tendenziell eine Ausgrenzung aus der Gesellschaft.

3. ZUSAMMENHALT BRAUCHT RÄUME: DAS FORSCHUNGSPROJEKT

Die Frage nach dem Zusammenhalt ist eine zentrale Frage für die Gestaltung von Gesellschaft. Diese Erkenntnis wird auch durch wissenschaftspolitischen Förderprogrammen widergespiegelt. Beispielsweise wurde mit dieser zentralen Diagnose vom Bundesforschungsministerium (BMBF) 2015 ein Rahmenprogramm für „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“, bezeichnet als „Forschung für die Gesellschaft von morgen“ (BMBF 2015), aufgelegt. Dieses Rahmenprogramm ist in Teilprojekte gegliedert, die iterativ zur Förderung dementsprechender Forschung ausgeschrieben werden. 2016 wurde das Teilprojekt: „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ ausgeschrieben. Im Vordergrund dieser staatlich verordneten Forschungsstrategie steht die Entwicklung von Konzepten zur Bewältigung der durch Zuwanderung, damals aktuell insbesondere der gravierenden Einwanderung von aus Kriegsgebieten vertriebenen Menschen, nach Deutschland verursachten Krisen und Umbrüche. Im Mittelpunkt der Ausschreibung stand die Frage, wie angesichts dieser dynamischen Wandlungsprozesse zum Zusammenhalt moderner Gesellschaften beitragen könne. Es gehe dabei perspektivisch um die (Neu)Justierung des Verhältnisses zwischen Kommunen/Gemeinden und Bürgergesellschaft/Nachbarschaften durch Handlungskonzepte, die auf die Integration von zuwandernden Menschen ausgerichtet sind, so wurde es in der Ausschreibung des BMBF formuliert. (BMBF 2016)

Auf diese Fördermaßnahme hat sich 2016 erfolgreich ein Forschungsverbund (IWE-FG/Difu 2016), bestehend aus dem Fachgebiet Architektur- und Wohnsoziologie an der Fakultät Architektur- und Stadtplanung der Universität Stuttgart und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), beworben. Der Fokus des Forschungsvorschlags lag auf der Untersuchung der sozial-räumlichen Integration von Neuzugewanderten und deren Vernetzung im städtischen Nachbarschafts- bzw. im ländlichen Siedlungsgefüge mit Methoden der empirischen Sozialforschung. Basis des interdisziplinären und transferorientierten Forschungsvorhabens waren eine repräsentative Kommunalbefragung und die bundesweite Analyse von integrativen Wohnprojekten mit positiver Auswirkung auf den sozialen Zusammenhalt im Quartier.

Das Forschungsprojekt wurde als zweiteiliges Programm, unterteilt in fünf Arbeitspakete, gefördert. In einem ersten Forschungspaket wurden bundesweit *integrativen Wohnprojekte* aufwendig recherchiert. Anhand von spezifischen Kriterien wurden Wohnprojekte als „integrativ“ ausgewählt, zu einem Projektkatalog zusammengestellt und durch eine Bewertungsmatrix auf sechs Beispiele, die dann in Fallstudien untersucht wurden, gefiltert. Diese zeichnen sich durch Lösungsansätze aus, die den Zusammenhalt im Gemeinwesen stärken und durch besondere architektonische Ansätze einen positiven Einfluss auf Integration haben können. Ziel dieser *integrativen Wohnprojekte* ist es, den Zusammenhalt in Wohngebieten zu stärken und soziale Integration auf mehreren Ebenen für Neuzugewanderte und für Ortsansässige zu schaffen.



4_Impression aus dem Forschungsprojekt | Besprechung in der Universität Stuttgart

Im Ergebnis wird durch dieses Arbeitspaket ein bundesweiter Überblick zu Integrationsprojekten gegeben und eine Bewertung ihrer integrativen Wirkungen vorgenommen sowie die Möglichkeit der Verbreitung und Übertragbarkeit als neue Modelle des sozialen Wohnens dargestellt. In einem zweiten Forschungspaket wurden mittels schriftlicher Befragungen (Kommunalbefragung, Befragung Wohnprojekte) und ergänzender Telefoninterviews kommunale Handlungsstrategien erhoben. Das Difu-Teilprojekt zielte auf die Erfassung kommunaler Handlungsstrategien für die Unterbringung, das Wohnen und die Integration von neuzugewanderten Menschen. In verschiedenen empirische Untersuchungsschritten wurde unter anderem untersucht wie integrative Wohnprojekte bewertet werden und ob sie (kommunal) unterstützt werden können. (Kirchhoff/u. a. 2019; Reimann/u. a. 2020) Während der gesamten Projektlaufzeit (Oktober 2017 – Mai 2020) wurde die Forschung durch eine kontinuierliche Rückkoppelung der Forschungsbefunde mit der kommunalen Praxis in Form von Workshops und Netzwerktreffen qualifiziert. Zur Qualitätssicherung und Positionierung erfolgte eine intensive Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Praxis- und Transferpartnern sowie die Einrichtung eines Projektbeirats, der das Forschungsprojekt beratend begleitet hat.

Diese Publikation präsentiert wesentlich die Ergebnisse des ersten Forschungspakets: Fallstudien zur Untersuchung integrativer Wohnprojekte. Die Frage der Wirkungen integrativer Wohnprojekte ist ein wichtiger Baustein für das allgemeine Zusammenleben verschiedener Gruppen in unserer Gesellschaft. Wie eine Erhebung des Deutschen Architekturmuseums – DAM: Call for Projects: Bauen für Flüchtlinge und Migranten (DAM 2015) – anlässlich der Konzeption des deutschen Beitrags auf der Architekturbiennale in Venedig 2016 – Making Heimat (Schmal/u. a. 2016) zeigte, dominieren bei den deutschen Flüchtlingsunterkünften nicht-integrative Projekte. Die schiere Unterbringung der geflüchteten Menschen stand lange Zeit im Vordergrund. Demgegenüber wurde im geplanten Forschungsvorhaben davon ausgegangen, dass die sozialräumliche Mischung einer der Schlüssel für das Zusammenleben mit und die Integration von Zuwanderern darstellt und Zusammenhalt Räume braucht. Daher wurden in dem Forschungsvorhaben jene Wohnprojekte für und mit Zuwanderern analysiert, die konzeptionell Mischungsstrategien im Haus und Quartier/Nachbarschaft verfolgen. Aufgrund

ihrer begrenzten Anzahl und ihrer hohen Innovationskraft handelt es sich um beispielgebende Pionierprojekte für ein neues Miteinander beim Wohnen.

Das Forschungsvorhaben zielte auf die Erfassung und Untersuchung von Wohnprojekten, die sich durch einen integrativen Ansatz auszeichnen. Diese bereits in verschiedenen Kommunen entstandenen bzw. entstehenden Wohnprojekte sollen beispielgebend für andere Städte und Gemeinden sein. Statt die Konkurrenzsituation der Wohnungssuchenden zu verschärfen, entwickeln diese Lösungsansätze, um die Kohäsion im Gemeinwesen zu stärken. Anhand dieser Projekte sollen Strategien aufgezeigt werden, wie der soziale Zusammenhalt in Wohngebieten gestärkt und wie die Krise des Wohnungsmarktes produktiv überwunden werden kann. Hierbei kommt den Integrationsleistungen von Wohnprojekten als erste Instanz der sozialräumlichen Verortung ein besonderer Stellenwert zu. Die Aktivierung enormer finanzieller Ressourcen zur Unterbringung von geflüchteten beziehungsweise zuwandernden Menschen sowie die hohe Bereitschaft bürgerschaftlicher Initiativen, den zuwandernden Menschen die Integration zu erleichtern und das Zusammenleben einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten, zeigt, dass in der krisenhaften Umbruchsituation Potenziale für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe gerade auch durch Wohnprojekte generiert werden können. Es besteht zudem die Chance, nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sondern auch soziale Konkurrenzen der Wohnungssuchenden durch integrative Wohnangebote abzufedern.

- **Mit dieser Publikation wird ein erster bundesweiter Überblick zu integrativen Wohnprojekten gegeben und eine Bewertung ihrer integrativen Wirkungen vorgenommen. Insbesondere werden Möglichkeiten der Verbreitung und Übertragbarkeit dieser neuen Modelle des sozialen Wohnens aufgezeigt.**
- **Im Mittelpunkt der Fallstudienuntersuchung steht die Frage, wie angesichts dynamischer Wandlungsprozesse der Zusammenhalt moderner Gesellschaften gesichert werden kann. Integratives Wohnen ist eine Konzeption, die zum Gelingen beitragen kann. Sie nimmt das Wohnen als existenzielle Grundlage zum Ausgangspunkt für Integration.**
- ***Integratives Wohnen* vermittelt Alltagskultur, also die ortsregionale Lebensweise, die üblichen und vertrauten Sitten und Gebräuche, die Abläufe und Rhythmen des täglichen Lebens, die Formen des Umgangs und der Kommunikation miteinander, also die Grundlagen des Zusammenhalts.**



5_Impression aus dem Forschungsprojekt | Gallery Walk bei der Abschlusstagung des Forschungsprojekts

WOHNEN ALS GRUNDLAGE GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE²

Ingrid Breckner

Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe im Kontext von Wanderung und Zuwanderung: Diesen Zusammenhang möchte ich hier erläutern, vor allem um zu zeigen, was Wohnen mit gesellschaftlicher Teilhabe zu tun hat – und zwar für *alle* Menschen. Meine These lautet: Wir haben (wieder) eine generelle Wohnungskrise, die sich für bestimmte Menschen als besonders problematisch darstellt:

„Der Alltag von Menschen vollzieht sich nicht in linearen und standardisierten Prozessen, sondern unter verschiedenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Wanderung zwischen Tag und Nacht, zwischen Weiblichem und Männlichem, zwischen Kindsein und Erwachsensein, zwischen Gesundheit und Krankheit, zwischen Einsamkeit und Gemeinsamkeit. [...] Dass das Wohnen ein Wandern ist, heißt, dass es nichts Ständiges und Sichwiederholendes [sic!] ist, sondern dass ihm eine eigene Offenheit zukommt, eine Unabgeschlossenheit, etwas immer erst und immer noch Mögliches.“ (Guzzoni 1999: 1)

Wohnen ist folglich keine stabile Konstruktion, sondern verändert sich in verschiedenen Lebensläufen und Lebenssituationen – darauf gehe ich im Folgenden ein.

In einem ersten Schritt wäre zu fragen, was Wohnen eigentlich bedeutet. Ist es, wie es die Stadtgeografen Benedikt Crone und Sebastian Schlüter (2015: 13) formulieren, eine „analoge Behältnisexistenz“ unterschiedlicher Menschen unter Dächern, zwischen Wänden, auf mehr oder weniger Quadratmetern? Oder ist es vielmehr eine Tätigkeit? Ein Konzept? Ein Zustand? Oder doch ein sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Prozess eingebettet in gesellschaftlichen Wandel mit vielseitigen Bezügen zum *Rest der Welt*? Ist Wohnen ein Politikum oder eine Geldquelle? Oder eine Bühne sozialer und kultureller Repräsentation? Soziologischen Überlegungen von Bruno Latour (2010) zufolge ist es ein Produkt des Netzwerks unterschiedlicher Akteure und Aktanten.

Je nachdem, wer was unter Wohnen verstehen will, unterscheidet sich die Positionierung in diesem gesellschaftlichen Handlungsfeld: Es kann als politisch relevantes Thema wahrgenommen werden, an dem zeitnah und zielführend gearbeitet werden muss oder als eine Aufgabe, die politisch wenig Erfolg verspricht, weswegen man sie anderen Akteuren auf dem Marktplatz der Wohnungsversorgung überlassen kann. Die Geschichte der politischen Handlungsfähigkeit verweist in diesem Feld auf

² Schriftliche Fassung des gleichnamigen Vortrages im Rahmen der Abschlusstagung „Zusammenhalt braucht Räume – Chancen und Perspektiven integrativer Wohnformen“ des BMBF-Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“ am 6.3.2020 in Berlin; Bearbeitung: Susanne Haar/Christine Hannemann

Nachlässigkeit, die man nicht nur am Rücklauf des sozialen Wohnungsbaus sehen kann, sondern auch an den zögerlichen Handlungsprozessen in der Unterbringung von Geflüchteten sowie den Schwierigkeiten im Umgang mit Obdachlosigkeit.

Bekannt ist, dass in deutschen Wachstumszonen Mieten steigen und Kaufpreise für Wohnraum sowie Bodenpreise und Baukosten in dramatische Höhen geklettert sind. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum vor allem in solchen Wachstumszonen und führt immer öfter zu wohnungspolitischem Protest.

Bekannt ist auch, dass viel zu viele Bewerber*innen um ein unzureichendes Wohnungsangebot konkurrieren, wodurch diskriminierenden Auswahlprozessen Tür und Tor geöffnet sind. Außerdem zeigen statistische Daten, dass in vielen Metropolregionen der Zuzug die Abwanderung seit mehreren Dekaden übersteigt. Gleichzeitig hat sich der Anteil an Sozialwohnungen verringert – zum einen wegen auslaufender Belegungsbindungen, aber eben auch wegen unzureichenden Neubaus. Auch ist bekannt, dass die Angst vor Wohnungsverlust aufgrund überdurchschnittlich steigender Wohnkosten immer stärker um sich greift. Ein Umzug aus Kostengründen kommt vielfach nicht in Frage, weil das passende Angebot fehlt. Obdachlosigkeit wird zunehmend sichtbar, während Boden- und Wohnraum sich zu rentierlichen Geldanlagen und Spekulationsobjekten für private *und* institutionelle Investoren aus dem In- und Ausland entwickelt haben. Infolge dieser Finanzialisierung verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt: Der Mietpreisindex und die Preise für baureifes Land steigen in deutschen Bundesländern seit Jahren und diese Statistiken zeigen, dass die Stadtstaaten Hamburg und Berlin Spitzenstellungen in dieser Entwicklung einnehmen.

→ Abb. 6

Und dennoch müssen alle Menschen wohnen! Um sich vor Nässe, Kälte und öffentlichen Belastungen zu schützen. Um eine Privatsphäre zu erleben, die Ruhe und Rückzug erlaubt und um sich erholen, lernen und arbeiten zu können. Dieser Faktor wird besonders deutlich in Interviews mit Geflüchteten, die wir im Rahmen des Forschungsprojekts „Fluchtort Stadt“ geführt haben (Arouna/u. a. 2019). Hier sagen alle: Wenn ich erstmal eine Wohnung habe, *d a n n* kann ich Deutsch lernen, *d a n n* kann ich mich damit beschäftigen, was ich beruflich machen will! Diese Menschen können sich nicht in einem Raum mit mehreren Personen, die jeweils unterschiedliche Tagesrhythmen haben, konzentrieren und Perspektiven für ihre Zukunft entwickeln.

Menschen müssen auch wohnen, um Vergangenes zu verarbeiten! Das ist aus der Forschung zu Zuwanderungsprozessen seit langem bekannt: Bei Geflüchteten und Neuzugewanderten treten gesundheitliche Belastungen erst zutage, wenn der existenzielle Überlebensmodus abgelegt wurde, weil es eine Wohnsicherheit gibt, in der man auch wieder krank sein *kann*.

Fehlende Wohnsicherheit ist existenziell verunsichernd: Sie verringert die Motivation nicht nur für persönliche Entwicklung, sondern auch für gesellschaftliches Engagement. Man kann sich erst als Teil einer Gesellschaft begreifen, wenn man eine Wohnung hat und an einen Ort und damit *dazu* gehört.

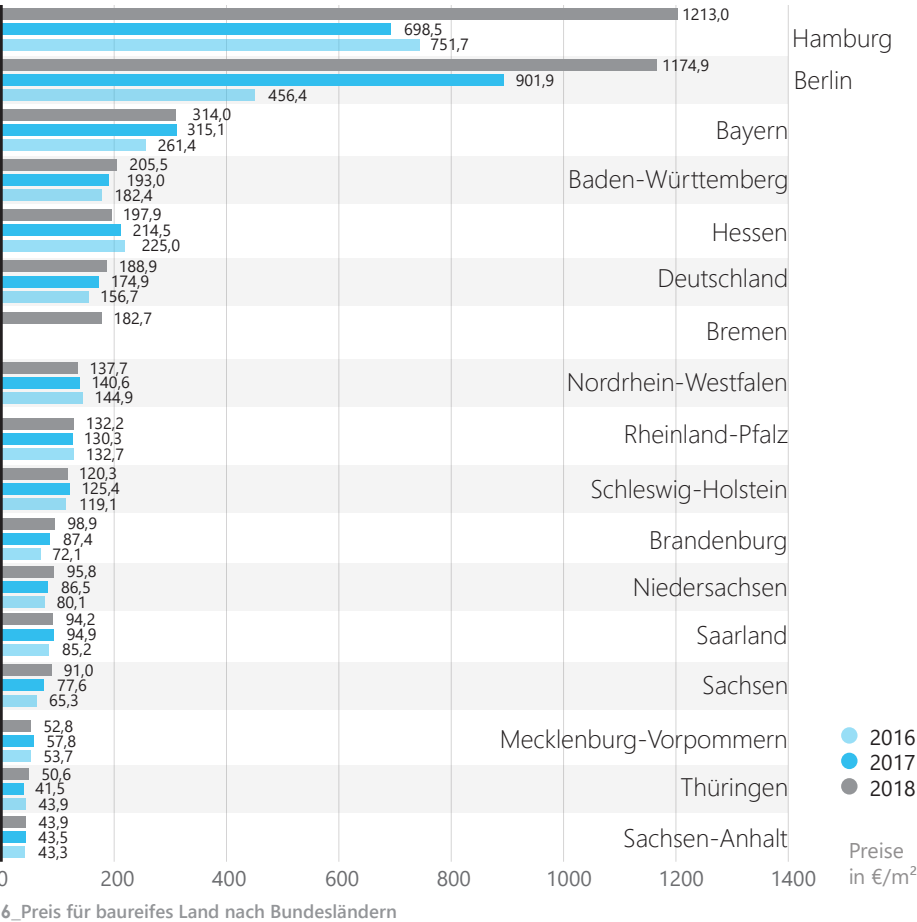
Fehlende Wohnsicherheit ist auch teuer. Wir wissen, dass die Mietbelastung prozentual vom Einkommen höher ist, je prekärer die Wohnverhältnisse sind. Hier werden zeitliche Investitionen in eine Verbesserung der Wohnsituation, etwa in ungewollte Umzüge, erzwungen. Fehlende Wohnsicherheit schränkt soziale und

kulturelle Alltagspraktiken ein, weil man keinen Besuch empfangen möchte. Kinder trauen sich nicht, Freunde aus der Schule nach Hause zu bringen. Diese Behinderung der Pflege sozialer Beziehungen erstreckt sich auch in die Nachbarschaft, ins Gemeinwesen, in die Gesellschaft, wo räumliche und politische Verortung von Individuen nicht mehr gewährleistet ist und so langfristig hohe gesellschaftliche Kosten entstehen.

Eine politische Wahrnehmung dieser Kosten, beispielsweise für Transferzahlungen der Jobcenter und ergänzende Individualförderungen von Menschen, die sich keine Wohnung leisten können, ist lange überfällig und volkswirtschaftlich sicher weitaus teurer, als sich konstruktive Gedanken über Wohnungssicherheit zu machen und diese umzusetzen.

Deshalb lautet meine These: Wohnungssicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Solange diese nicht gewährleistet ist, ist gesellschaftliche Teilhabe kaum zu verwirklichen.

Dieser Zusammenhang wird deutlich, wenn wir eingehender betrachten, *wen* unsicheres Wohnen betrifft: Das sind in verschärftem Maß Wohnungs- und Arbeitslose sowie Zugewanderte mit eingeschränkten finanziellen, kulturellen oder sozialen Ressourcen. Aber auch zuwandernde hochqualifizierte Fachkräfte sind Diskriminierung, prekären Wohnverhältnissen und sozialer Isolation ausgesetzt, wie die empirischen Ergebnisse der Dissertation von Anna Becker (2018) zu hochqualifizierten Zuwanderern aus Drittstaaten in Hamburg zeigen.



Unsicheres Wohnen betrifft auch alte Menschen mit unzureichender Alterssicherung, die in immer stärkerem Maß unter der aktuellen Situation leiden. Kinder erweisen sich oft ebenfalls als Hindernis bei der Wohnungssuche: Es wird Lärm befürchtet und Vermieter gehen davon aus, dass insbesondere Geringverdiener mit mehreren Kindern keine sichere Mietquelle darstellen. Kinder und Erwachsene nach Trennung und Scheidung, die keine entsprechende Absicherung haben, sehen sich ebenfalls mit Wohnunsicherheit konfrontiert. Alleinstehende oder alleinlebende Menschen gehören bei immer weiter steigenden Quadratmeterpreisen ebenfalls zur Gruppe der unsicher Wohnenden. Hier sind insbesondere alleinstehende Männer mit Migrationshintergrund und Geflüchtete betroffen – die Verunsicherung im Umgang mit und Diskriminierung gegenüber diesen Personen ist weiterhin sehr hoch.

Aber auch Bevölkerungsgruppen mit durchschnittlichem Einkommen sind längst von Wohnunsicherheit betroffen – so sie kein Vermögen haben. Das können Betroffene urbaner Transformationsprozesse sein, also Umbaumaßnahmen, Stadtteilerneuerungen und Veränderungen von Nutzungsstrukturen. Denn wenn Wohnraum verschwindet, ist immer die Frage zu stellen: Wo ist der Ersatz dafür? Auszubildende und Studierende gehören schon lange zu den prekär Wohnenden: Ein Lehrforschungsprojekt an der HafenCity Universität Hamburg (Grubbauer 2020) ergab, dass mittlerweile 80 Prozent der Studierenden halbtags arbeiten, um sich ihre Unterkunft finanzieren zu können, denn das Bafög reicht dafür in einer urbanen Wachstumszone wie Hamburg nicht mehr aus, und das Studierendenwerk kann nur für etwa 8 Prozent der Studierenden Wohnraum anbieten.

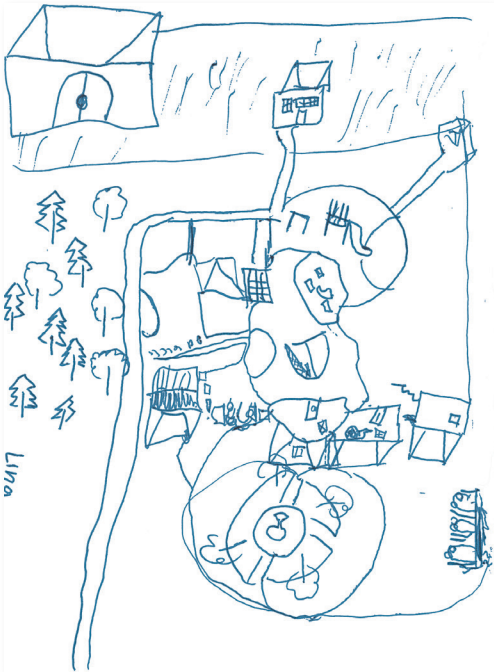
Unsicheres Wohnen betrifft *per definitionem* Mieter*innen mit befristeten Verträgen, weil bei erneutem Abschluss die Miete erhöht werden kann. Und unsicheres Wohnen schließt auch Menschen ein, die sich angesichts niedriger Zinsen auf das Risiko der Wohneigentumsbildung eingelassen haben, aber dann möglicherweise von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen sind und nicht mehr zu Schuldentilgung in der Lage sind.

Wohnunsicherheit existiert nicht nur in sozialen Randbereichen, sondern längst auch in der Mitte der Gesellschaft. In einigen Großstädten ist schon die Hälfte der Stadtbevölkerung sozialwohnungsberechtigt, ohne dass dafür entsprechend Angebote zur Verfügung stünden. In Hamburg beträgt der Anteil der Sozialwohnungen heute nur noch 8 Prozent – im Jahr 1970 waren es noch 45 Prozent (FHH/BSW 2019: 28; Neumann 2018: 73).

Eine ganz persönliche Erfahrung mit unsicherem Wohnen schilderte mir ein 8-jähriges Mädchen, das ich auf einer Urlaubsreise getroffen habe. Ihre Eltern hatten sich getrennt und sie zeichnete ihren Alltag zwischen zwei Wohnsitzen, den Betreuungseinrichtungen und der Schule auf und erklärte ihren Tagesablauf und die zugehörigen Wege ausführlich wie auch die Veränderungen im gewohnten räumlichen Umfeld. So eine Erschütterung im Lebenslauf kann einen Lernprozess darstellen, ist zuerst aber eben immer auch verunsichernd für ein Kind.

→ Abb. 7

Mit der jahrzehntelangen Zuwanderung nach Deutschland sind vor allem in Städten, aber auch bundesweit kulturell vielfältige und heterogene Bevölkerungsstrukturen entstanden, die mit unterschiedlichen Wohnpraktiken einhergehen. Wenn diese auf unseren mehr oder weniger homogenen nord-europäischen Umgang mit dem Wohnen treffen, kann es zu Verständnisschwierigkeiten kommen. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte „Weltquartier“,



7_Alltag zwischen zwei Wohnsitzen

ein Projekt der IBA Hamburg. Hier wohnen zu 80 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, deren Wohnpraxen von Studierenden in einer Abschlussarbeit an meinem Arbeitsgebiet untersucht wurden (Qhadeer/Celik 2016). Die Wohnenden mussten diverse Dinge in diesen Räumen verändern, um darin wohnen zu können und behelfen sich mit provisorischen Trennungen in den offenen Küchen, Vorhängen innerhalb der Wohnung und Verschattungen an den Balkonen, die den weiblichen Haushaltsmitgliedern Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten boten. Es wurden Wäscheleinen an den Balkonen angebracht, weil das Aufhängen etwa von Unterwäsche an den Wäscheleinen im Hof als Verletzung der Privatsphäre empfunden wurde.

Ein Beispiel, wie mit den Bedürfnissen etwa muslimischer Mitmenschen umgegangen werden kann, begegnete mir in Helsinki. Hier hat die Stadt in ihren öffentlichen Toiletten Waschmöglichkeiten installiert, die die Hygienevorstellung keiner der Nutzergruppen verletzt und so einen guten Kompromiss darstellt.

Vielfältige Wohnpraktiken erfordern in erster Linie Kenntnisse über Hintergründe, die sich nicht automatisch erschließen, weil Wohnen eben dynamisch vonstattengeht, wenn nicht gefragt wird, *warum* sich Menschen in ihrem Wohnzusammenhang in bestimmter Weise verhalten.

Erforderlich ist außerdem Sensibilität für den Wandel des Wohnens im Lebenslauf und in unterschiedlichen Nachbarschaftsstrukturen. Es passt eben nicht gut zusammen, wenn ein Kinderspielplatz vor ein Haus mit lauter Einzimmerwohnungen platziert wird, in dem hauptsächlich alte Menschen wohnen. In Hamburg entstand im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ ein solcher Generationenkonflikt, der dazu führte, dass Spielgeräte wegen Anwohnerbeschwerden wieder abgebaut werden mussten (Breckner/Hermann 2002: 140).

Es bedarf der Identifikation von Schnittstellen unterschiedlicher Wohnbedürfnisse und eines für unterschiedliche Gruppen relevanten gemeinsamen Nenners. Das ist eine große Herausforderung, die nicht durch einseitige Anpassungen zu bewältigen ist. Es geht weder um ein muslimisches Haus noch eine solche Toilette! Erforderlich ist vielmehr Aufmerksamkeit für unterschiedliche Praktiken und darin angelegtes Konfliktpotenzial, das aus gegensätzlichen Erfahrungen und Interessen resultiert. Sie gilt es zu identifizieren und zu verstehen, um für alle Beteiligten tragfähige Lösungen zu finden.

Zu recherchieren bleibt zudem, wie Wohnraumversorgung kostengünstig realisiert werden kann bei gleichzeitig bedarfsgerechter Ausstattung und Grundrissgestaltung. Oftmals gibt es insbesondere in bezahlbarem Wohnraum große Flurflächen, die bezahlt werden müssen, aber kaum nutzbar sind. Gerade bei einkommensschwachen Haushalten sollte darauf geachtet werden, dass jeder Quadratmeter der Wohnqualität zugutekommt.

Anzustreben ist auch eine stärkere Einbindung von Nutzergruppen in die Planung von Wohnraum und Wohnumfeld. Denn verallgemeinerbare Konzepte können nur mit Feingefühl für Differenzen erarbeitet werden und erfordern große Offenheit und Klugheit sowohl in der Stadtpolitik als auch in der Produktion und Bewirtschaftung von Wohnraum. Solche Standards sind längst nicht realisiert, obwohl sie eine zentrale Voraussetzung für sicheres Wohnen sind. Ein kontinuierliches Monitoring der Differenzierungen von Angebot und Nachfrage auf unterschiedlichen Wohnteilmärkten wurde bis heute in keiner deutschen Großstadt verwirklicht und ist als fundierte Planungsgrundlage unverzichtbar. In Bezug auf Diskriminierungspraktiken auf Wohnungsmärkten ist die Stadt Berlin ein Vorreiter, die eine Antidiskriminierungsstelle fördert, die sich mit fairem Wohnen beschäftigt (Fair mieten 2017). Andere Großstädte sollten hier so schnell wie möglich nachziehen.

Benötigt wird auch die Ausschöpfung aller Interventionsmöglichkeiten gegen Zweckentfremdung von Grundstücken und Wohnraum. Die Wohnungsaufsicht bietet diverse Möglichkeiten hierzu, die Städte oft aus Personalmangel nicht nutzen. Außerdem bedarf es einer konsequenten Unterbindung von Boden- und Wohnraumspekulation. Das heißt: Prozesse des Kaufens und Verkaufens von Grundstücken und Gebäuden gilt es feinmaschig zu beobachten, um sich als Gemeinde rechtzeitig mit möglichen Vorkaufsrechten einschalten zu können. Dazu fehlen vielen Städte jedoch die erforderlichen finanziellen Mittel.

Schließlich gilt es, ein besonderes Augenmerk auf alle am Wohnungsmarkt am stärksten benachteiligte Haushalte zu richten. In Hamburg gibt es Menschen, die vor 20 Jahren infolge der Balkankriege nach Deutschland gekommen sind und mit ihren Familien seither in Geflüchtetenunterkünften leben. Welche Chance auf gute Bildung, auf ein selbstständiges Leben, auf gesellschaftliche Teilhabe bieten wir Kindern, die so aufwachsen?

Insbesondere die Wohnkosten von Haushalten mit niedrigem Einkommen müssen reduziert werden. Das kann durch geeignete Bauweisen, durch Förder- und Trägermodelle ermöglicht werden und darf nicht auf Kosten der Wohnqualität geschehen. In diesem Kontext spielen insbesondere energetische und andere Modernisierungsmaßnahmen eine Rolle. Je weniger Einkommen zur Verfügung steht, umso empfindlicher reagieren Haushalte selbst auf minimal steigende Wohnkosten.

Und: Es bedarf städtischer Lebensqualität in allen Quartieren. Je weniger Wohnraum man sich leisten kann, umso stärker ist man auf das Wohnumfeld und das Quartier angewiesen, um sich dort mit anderen zu treffen, seine Freizeit zu verbringen, teilzuhaben.

Zu hoffen bleibt auf neue gemeinwohlorientierte Strategien der Wohnraumversorgung! Die Neue Heimat ist zwar krachend in Spekulationsprozessen gescheitert, aber das muss sich ja in einer Neuauflage dieses Prozesses nicht zwangsläufig wiederholen.

Gemeinwohlorientierung muss wieder zum Thema werden, wenn die aktuelle, sich wiederholende Wohnungskrise anders als mit punktuell Flickwerk bearbeitet werden soll. Denn so hat es der Philosoph Vilém Flusser treffend formuliert:

„Ohne Wohnung, ohne Schutz von Gewöhnlichem und Gewohntem ist alles, was ankommt, Geräusch, nichts ist Information, und in einer informationslosen Welt, im Chaos, kann man weder fühlen noch denken noch handeln.“ (Flusser 1994: 27)